

Bezugspreis:
Monatlich in Neuenburg RM. 1.50.
Für die Post im Orts- und Ober-
amtsbezirk, sowie im festlichen In-
landbezirk RM. 1.56 mit
Postzuschlag. Preis für den
Einzelnverkauf RM. 10 RM.
In Fällen höherer Gewalt besteht
kein Anspruch auf Lieferung der
Zeitung oder auf Nachlieferung
des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Post-
ämter, sowie Gaststätten und
Warenhäuser jederzeit entgegen.
Preisänderung N. 4.
Postfach Nr. 24 bei der Oberamts-
Poststelle Neuenburg.

Der Enztaler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg

Druck und Verlag der Reichschen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Dießinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Dießinger in Neuenburg.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile über
deren Raum 25 RM., Restamerteile
10 RM., Restamerteile 10 RM.
Zusatz: Offerte und Anzeigen-
entwurf 20 RM. Bei größeren
Anzeigen Rabat, der im Falle
des Abnahmefalles einseitig
wird, ebenso wenn die Zeitung
nicht innerhalb 8 Tagen nach
Anmeldungsdatum erfolgt. Bei
Anzeigen treten sofort alle früheren
Vereinbarungen außer Kraft.
Veränderungen für beide Teile ist
Neuenburg. Für teile, Aufträge
wird keine Gewähr übernommen.
Erscheint täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Nr. 36

Freitag den 13. Februar 1931

89. Jahrgang

Aus dem Reichstag

Berlin, 12. Febr. In der Mittwoch-Sitzung des Reichstags wurden die noch ausstehenden Bestimmungen zum Etat des Reichswirtschaftsministeriums, insbesondere wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und des Landvolks Übergang zur Tagesordnung über alle deutschnationalen und nationalsozialistischen Anträge beschlossen. Lediglich der nationalsozialistische Antrag auf Wündigung der deutschen Mitgliedschaft im Völkerverbund wurde durch eine besondere Abstimmung abgelehnt. Das Gehalt des Außenministers wurde bewilligt. Der Reichstag begann sodann die zweite Beratung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums, die mit einer Rede des Staatssekretärs Trendelenburg eingeleitet wurde. Vorher hatte der Reichstag anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Stör den Abgeordneten v. Kardorff (D. Vp.) mit 208 Stimmen zum Vizepräsidenten gewählt.

Besprechungen beim Kanzler

Berlin, 13. Febr. Reichskanzler Dr. Brüning empfing gestern am späten Nachmittag im Reichstag die Führer mehrerer Parteien. Mit der Landvolkpartei wurde in erster Linie über das Abfertigen gesprochen, das das Kabinett am Samstag beschließen soll. Die Besprechungen mit den Führern der Sozialdemokraten erstreckten sich auf die gesamte parlamentarische Lage. Man rechnete, wie das "Berl. Tageblatt" schreibt, damit, daß der Reichstag sich nach Erledigung der ihm in seiner Wintertagung gestellten Aufgaben, insbesondere nach Verabschiedung des Etats, also voraussichtlich Ende März, bis in den Wägen Herbst verziehen werde, wobei dem Präsidenten allerdings die Grundbilligung erteilt würde, ihn im Bedarfsfälle auch früher einzuberufen. Die lange Sommerpause würde dann von der Regierung vor allem für die Ausarbeitung der nächsten Reformen für die Arbeitslosenversicherung, die Knappschaftsversicherung und andere durch die Finanzlage erforderlich gewordene Vorlagen benutzt werden.

Nach dem Empfang beim Reichskanzler trat der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende zu einer Besprechung über die dort behandelten Fragen zusammen, an der u. a. auch der preussische Ministerpräsident Dr. Brauns und Reichstagspräsident Loh teilnahmen.

Die Reichstagsopposition

Die Stellungnahme der Deutschnationalen.

Berlin, 12. Febr. Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei, die dem Abg. Stubbendorf die Teilnahme an den Verhandlungen des Untersuchungsausschusses über die Koggenitzungsaktion gestattet hat, im übrigen aber den Arbeiten im Reichstag vorläufig fernbleiben will, wird anfangs nächster Woche die Frage unteruchen, ob eine Notwendigkeit, irgend etwas innerhalb des Reichstags zu unternehmen, vorliegt. Weiter die grundsätzliche Einstellung der Fraktion veröffentlichen die "Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei" eine Erklärung, in der in scharfer polemischer Form angekündigt wird, daß die Fraktion nur dann im Parlament eingreifen werde, wenn eine Möglichkeit bestehe, die Kluft zwischen Zentrum und Sozialdemokratie zu füllen, die Interessen der nationalen Wähler zu wahren oder verhängnisvolle Beschlüsse zu durchkreuzen. Sonst aber werde die Front von Behring bis Schwedemann sich selbst überlassen bleiben. Die Regierung Brüning mag selbst leben, wie sie etwa den Webr-

etat oder die wirtschaftlichen Befehle durchbringe oder wie sie die Agitationsanträge der Kommunisten, die die Sozialdemokraten mitmachen, abzumehren gedenke. Die Deutschnationalen werden ihre Haltung, so heißt es in der Erklärung weiter, die angesichts des Verlustes der Wägen nicht unerhebliche persönliche Opfer von den Abgeordneten verlangt, lediglich davon abhängig machen, wie sie den großen Zielen dienen können, die Brüning ihnen gestellt hat. Die Fraktion wird von Fall zu Fall selbst entscheiden, welche Haltung sie dem Reichstag gegenüber einnimmt.

Kein Rumpfparlament

Weimar, 12. Febr. Auf eine Anfrage, ob in absehbarer Zeit die Presseangaben zufolge geplante Kundgebung der nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten in Weimar stattfinden würde, erklärte Staatsminister Dr. Frick, daß an eine derartige Veranstaltung gar nicht gedacht werde. Dagegen würden nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete in den nächsten Tagen in ganz Deutschland Versammlungen abhalten.

Freitag-Loringhoven über den Auszug der Deutschnationalen aus dem Reichstag

Berlin, 12. Febr. Die Deutschnationalen Volkspartei veranlaßte heute abend in der Volksharmonie eine öffentliche Versammlung, um den Auszug der Deutschnationalen aus dem Reichstage vor der Öffentlichkeit zu begründen. Dieser Aufgabe unterzog sich der Abgeordnete Freitag-Loringhoven. Der Redner betonte zu Beginn seiner Ausführungen, daß der Exodus der deutschnationalen Abgeordneten innerpolitisch eine Notwendigkeit gewesen sei. Zur weiteren Begründung des Schrittes der Deutschnationalen führte der Redner sodann u. a. an, daß die Deutschnationalen die Außenpolitik der Regierung und der Reichsparteien nicht zu billigen vermöchten. Dr. Curtius habe sich erneut zur Verständigung mit Frankreich betannt und die Aufwertung der Revisionfrage für verfrüht erklärt. Wohl habe man von der Kriegsschuldfrage gesprochen, ebenso von der Unrechtmäßigkeit der Tribute und von der Möglichkeit des Ausscheidens aus dem Völkerverbund, aber es änglich vermeiden, irgend welche praktischen Schritte zu ziehen. Dazu trete die Gefahr einer Lähmung der deutschen Öffentlichkeit. Diese müsse darüber aufgeklärt werden, so betonte der Redner, daß die Verhandlungsbereitschaft, die die Masse des Freiheitswillens trage, noch schädlicher und verderblicher sei als der unerbilligte Unterwerfungswille. Freitag-Loringhoven betonte zu Beginn seiner Ausführungen, daß die Verhandlung in der Polenfrage, sowie in der Frage der englischen Ostafrikapläne vor und behauptete, daß er in der Abstraktionsfrage verfrüht habe. Auch gegen den Reichskanzler wandte sich der Redner und sagte ihm nach, er wolle nur immer von neuem zu wiederholen, daß die Finanzkonsolidierung die Voraussetzung für die Revision sei. Der Kanzler führe Deutschland den Weg einer immer engeren wirtschaftlichen Bindung an Frankreich. Nicht Teilschlüssen brauchen wir, meinte der Redner, sondern Aufhebung der Revisionfrage in ihrer Gesamtheit, denn es ginge nicht um die Tribute allein, sondern um die Wiederherstellung des äußerlich wie innerlich verarmten Deutschlands. Diese sei einzig dadurch zu erreichen, daß Deutschland zum Kristallisationspunkt für die Gegner des Versailles Systems werde.

Ministerpräsident Dr. Heib über die politische und wirtschaftliche Lage

München, 12. Febr. Im Rahmen der allgemeinen politischen Aussprache im bayerischen Landtag hielt heute Ministerpräsident Dr. Heib eine Rede, in der er zunächst betonte, daß der Etat 1931 die Folge der ins Gewicht fallenden Finanznot trage, die eine Auswirkung der Wirtschaftskrise und des gesamten innen- und außenpolitischen Clends Deutschlands sei. Der Ministerpräsident, der sich weiter für die Beibehaltung des Ministeriums des Reichens, das nicht nur Erziehungsbefugnisse habe, sondern eine Notwendigkeit sei, einsetzte, ging sodann auf die Weltwirtschaftskrise ein und hob die verheerende Wirkung des durch den Versailles Vertrag bedingten Wirtschaftskrisens hervor. Wenn sich auch nicht alle Erwartungen, die in die Maßnahmen der Reichsregierung gesetzt würden, erfüllten, so wäre doch die Lage heute noch viel schlimmer, wenn diese Maßnahmen nicht getroffen worden wären. Daß Deutschland allein als Schuldnerstaat für die Reparationen aufkommen soll, sei ein unhaltbarer Zustand. Ohne Lösung des Reparationsproblems gebe es keinen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Wenn man der allgemeinen Meinung in Europa weiter Vorlauf leiste durch neue Aufrüstung, so liege darin nichts anderes als der Keim zu neuen großen Kriegen. Von einem Panuropa könne so lange keine Rede sein, als sich Deutschland in dem Härteverhältnis von heute befinde. Es ist eine dankbare Aufgabe für Briand, dafür zu sorgen, daß Deutschlands Freiheit, Ehre und Würde wieder hergestellt werde und gegenüber den Gefahren, die es bedrohen, wieder wehrhaft gemacht werde. Die geplante Reichsreform, so führte Dr. Heib weiter aus, ist als Mittel für den Wiederaufbau angegriffen worden. Er habe auf dem Standpunkt, daß die Verwaltung durch eine Reichsreform nicht besser und nicht billiger wird, daß aber die Reichsreformigkeit auf diese Weise scharf nicht gekürzt werde. Zur Frage der Gehaltsföhrung erklärte der Ministerpräsident, daß bei der gegebenen Sachlage die Gehaltsföhrung gleichbedeutend sei mit einer Gehaltsverhinderung, denn ohne Gehaltsföhrung wäre in absehbarer Zeit die Auszahlung der Beamtengehälter überhaupt nicht mehr möglich gewesen. Der Ministerpräsident warnte eindringlich vor jedem gewaltsamen Umsturz, der die Not nur noch größer machen würde. Die bayerische Staatsregierung betrachte daher den Kampf gegen den Kommunismus als ihre vornehmste Aufgabe. Wir können, so schloß Dr. Heib, nur etwas erreichen, wenn wir zusammenstehen und zusammenarbeiten.

Nationalsozialistische Protestkundgebung

Berlin, 12. Febr. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei veranstaltete heute abend im Sportplatz eine Kundgebung gegen die polizeilichen Verbote des "Angriffs" und die Hausdurchsuchungen bei den führenden Männern ihrer Partei. In der Potsdamer Straße von der Willowsstraße ab standen in kurzen Zwischenräumen Trupps von 10 Polizeibeamten und Patronen von je 2 Mann gingen unablässig hin und her, um eventuelle Ansammlungen zu zerstreuen. Bereits eine Stunde vor Beginn war der Sportplatz derart besetzt, daß der Billeterverkauf geschlossen werden mußte.

Der erste Redner des Abends, der Landtagsabgeordnete Kuhn, polemisierte in heftiger Weise gegen Reichskanzler Dr. Brüning und Innenminister Dr. Josef Wirth, der jetzt den demokratischen Staat konsolidieren wolle, nachdem ihm das bis zum 14. September 1930 nicht gelungen sei. Auch gegen das Zentrum und die Sozialdemokratie fand er scharfe Worte, indem er — auf die Aitenate auf Kaiser Wilhelm I. und Bismarck hinweisend — den beiden Parteien vorwarf, den politischen Mord erst eingeföhrt zu haben. Die Parteien von der Sozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei hätten Deutschland ins Unglück geföhrt. Wenn sie jetzt einiges wieder gutmachen versuchten, so müßte er ihnen zurufen: "Es ist zu spät!"

Vorträge des Schöneberger Sprechchors leiteten die Aussprache des Reichstagsabgeordneten Wöbels ein. Er erklärte, daß alle die Maßnahmen, die man gegen die Nationalsozialisten getroffen habe, die Anhänger der Partei nur noch fester zusammengeschlossen und sie veranlaßt habe, nur noch fanatischer an ihrer Ober festzuhalten. Nachdem man mit der Bereubung keinen Erfolg zu verzeichnen gehabt habe, schreite man jetzt zur Bruchialgewalt und lege die Wägenmittel des Staates ein, wie man es kürzlich bei der Beibehaltung des "Völkischen Beobachters", des "Angriffs" und bei den jetzigen Hausdurchsuchungen gesehen habe. Die in heftigen Tönen gehaltenen Rede wurde überaus beifällig aufgenommen und handclastend unterbrochen. Die Versammlung ist im übrigen ohne Störung verlaufen.

Reichsverkehrsministerium und Flaggenwechsel der Reederei Bogemann

Das Reichsverkehrsministerium teilt zum Flaggenwechsel der Reederei Bogemann in Hamburg mit: Das Gesetz, betr. das Flaggenrecht der Kauffahrtsschiffe vom 22. Juni 1889 regelt das Recht zur Föhierung der deutschen Flagge auf Kauffahrtsschiffen, verpflichtet aber deutsche Staatsangehörige nicht, die ihnen gehörenden Schiffe unter deutscher Flagge zu betreiben. Es ist vom nationalen Standpunkt aus nicht nur demnach, sondern auf das schärfste zu verurteilen, daß eine Hamburger Reederei einen Flaggenwechsel vornimmt, um sich der deutschen Steuerbefreiung und den Pflichten der deutschen Sozialversicherung zu entziehen. Ob die Reederei Bogemann das Schiff im ganzen oder zu einem Teil an einen Staatsangehörigen von Panama verkauft hat, ist nicht bekannt. Nach deut-

Polizeiaktion gegen Nationalsozialisten

Berlin, 12. Febr. Der Donnerstag sah in Berlin eine große polizeiliche Aktion gegen das Hauptquartier der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und deren Nebenstellen. Insgesamt wurde in Berlin und in anderen Teilen Preußens die Polizei zu gleicher Zeit an etwa zwanzig Stellen eingeföhrt, um Hausdurchsuchungen vorzunehmen. Der Zweck dieser Aktion bestand nach amtlichen Mitteilungen darin, festzustellen, ob es bei der Nationalsozialistischen Partei ein Büro zur Unterstützung politischer Wörder gibt, dessen Arbeit vor allem darin bestehen soll, derartigen von der Polizei gesuchten Personen zur Flucht ins Ausland zu verhelfen.

Den unmittelbaren Anlaß zu dieser Aktion bildete die Ermordung der zwei Reichsbannerleute in der Reuzhahnenstraße. Obwohl zunächst nur vermutet wurde, daß die tödlichen Schüsse von Nationalsozialisten abgegeben worden sind, hat sich inzwischen auf Grund des Geständnisses des an der österreichischen Grenze verhafteten Maurerlehrlings Kollay ergeben, daß tatsächlich Nationalsozialisten die Täter gewesen sein sollen. Kollay wollte die Grenze überschreiten, wurde aber im letzten Augenblick durch einen Strengendarmen verhaftet.

Die Hausdurchsuchung in der Berliner Zentrale wurde auf ein Signal hin durchgeführt. Kriminalbeamte hatten sich langsam an die Büros in der Doyemantstraße herangeklingelt. Auch einige Polizeibeamte erschienen unauffällig, so daß plötzlich die Gänge besetzt werden konnten. Zu gleicher Zeit riefen mehrere Kraftwagen mit Polizei daran, die die Straßen und Zugänge absperreten. Im Laufe selbst befanden sich zahlreiche Nationalsozialisten, von denen einige in Schutzhaft genommen wurden. Die anderen saßen bei geöffneten Fenstern während der Hausdurchsuchung nationalsozialistische Kampflieder.

Die Untersuchung soll ergeben haben, daß der Maurerlehr-

ling Kollay am Morgen des 3. Januar, also wenige Tage nach dem Mord, durch einen schriftlichen Befehl der Sturmabteilung II aufgefordert worden ist, sich mit Dauschte und Becker, die ebenfalls an der Mordtat beteiligt gewesen sein sollen, sich aber offenbar jetzt im Ausland befinden, nach Mecklenburg zu begeben. In Reutzhell, wo inzwischen eine Verhaftung vorgenommen worden ist, machten sie Kollay. Sie begaben sich dann nach Feldberg und von dort aus nach Oberbarnen. Alle drei sind mit genügend Geldmitteln ausgestattet worden. Kollay sollte versuchen, sich nach Innsbruck durchzuschlagen, wurde aber an der Grenze festgenommen, und hat inzwischen nach Angaben der Polizei ein Geständnis abgelegt. Was aus den beiden anderen geworden ist, weiß man noch nicht. Die Erhebungen darüber sind noch im Gange. Einige Berliner Wörder veröffentlichten auch die schriftlichen Befehle, die an die drei Täter durch die Sturmabteilung II übermittelt worden sein sollen.

Gleichzeitig mit den Hausdurchsuchungen in Berlin sind Durchsuchungen auch bei den Sturmführern in Feldberg und Reutzhell in Mecklenburg erfolgt. In Feldberg wurde der Quartiermeister der Nationalsozialisten verhaftet. Er ist heute nachmittag nach dem Berliner Polizeipräsidium gebracht worden. Der festgenommene soll wegen Begünstigung der Mörder dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden.

Karlstraße, 12. Febr. Im badischen Landtag wurde heute der Gesetzentwurf, der eine Beteiligung des badischen Staates an der Badischen Bank vorsieht, in erster und zweiter Lesung angenommen und für dringlich erklärt.



St. Louis, 12. Febr. Eine furchtbare Bluttat, ohne Zweifel ein Mord an der Unterwelt, spielte sich in einer hiesigen Bar ab. Eine Bande von Berufsverbrechern führte in das Lokal und drang in das Hinterzimmer ein, wo ein gewisser William Goebels und zwei Frauen, die 37-jährige Dorothy Evans und die 30-jährige Bessie Cannon, saßen. Die Eindringlinge trafen Hände hoch, feierten aber, noch bevor die Uebervollen dem Befehl nachkommen konnten, aus ihren Pistolen eine Salve ab. Die beiden Frauen wurden durch die Brust getroffen und fielen noch wenigen Minuten, auch Goebels wird kaum mit dem Leben davonkommen. Ein Bruder Goebels wurde erst vor wenigen Tagen von einer Hinrichtungskommission der Unterwelt durch Schüsse ermordet.

Beracruz (Mexiko), 12. Febr. Der Hofeingang von Beracruz ist durch den Lloyd-Dampfer Mänsler, der in der letzten Nacht bei der Einfahrt im Schlamme auslief, beinahe völlig gesperrt. Die Passagiere wurden in Booten an Land gebracht. Man erwartet, daß das Schiff heute wieder flott gemacht werden kann.

Der Notstand der württ. Waldwirtschaft

Staatspartei, Bürgerpartei, Bauernbund, Zentrum und Volkspartei haben folgende Große Anfrage eingebracht: Die Lage der Waldwirtschaft hat sich in den letzten Monaten zuwiderstehend verschlechtert. Die Absatzpreise für Holz liegen heute vielfach unter dem Vertriebspreis, während sich die Herstellungskosten nahezu verdoppelt haben. Die Folge dieser Entwicklung ist, daß nicht nur der private Waldbesitz, sondern auch die öffentliche Hand, insbesondere der Staat und die Gemeinden, ganz erhebliche Einnahmehinfortfälle aus ihrem Waldbesitz erleiden. Nach den bisherigen Berechnungen werden allein die Kabinennahmen des Landes Württemberg aus dem Holzverkauf des Staatswaldes von rund 27 Millionen R.M. in den Haushaltsjahren 1929 und 1930 auf rund 9 Millionen Reichsmark in den kommenden Haushaltsjahren abfallen. In einzelnen Gemeinden des Landes konnten mit dem Erlös für öffentlich verkauftes Holz nicht einmal die Holzauflöcher bezahlt werden. Wir fragen das Staatsministerium: 1. welche Anordnungen es getroffen hat, um die Verwendung einheimischen Holzes bei allen öffentlichen und mit öffentlichen Mitteln geförderten Bauten sicherzustellen; 2. ob es bereit ist, bei der Reichsregierung die zur Milderung dieses öffentlichen Notstandes in der Waldwirtschaft erforderlichen Anträge zu stellen.

Zusammenfassungsbewegung im württ. Handwerk

Stuttgart, 12. Febr. Die Handwerkskammer Stuttgart hatte sämtliche Obermeister und Führer der gewerblichen Organisationen des Kammerbezirks kürzlich zu einer Obermeister-Tagung in den Festsaal des Dudenburgbauers eingeladen. Gegenstand der Verhandlung war vor allem die Durchführung der Reichshandwerkswoche, die vom 15. bis 22. März 1931 im ganzen Deutschen Reich als großangelegte Werbung für handwerkliche Arbeit stattfindet und im Benehmen mit den Führern der gewerblichen Organisationen im Hinblick auf ihre werbetaktische Bedeutung so intensiv wie möglich gestaltet werden soll. In der auf die Zwecke und Ziele der Reichshandwerkswoche und die verschiedenen Möglichkeiten ihrer Durchführung darlegenden Ausführungen von Sandtkaß Wegner anschließenden sehr anregenden Aussprache wurden zahlreiche Vorschläge zur Sprache gebracht. Es wurde beschlossen, 2000 Werbedroschüren zu verteilen, Werbetafeln aufzuhängen, Presse und Rundfunk usw. zu interessieren und öffentliche Versammlungen zu veranstalten. Für die Durchführung der Werbung wurde ein Ar-

beitsausschuß gebildet, der sich aus je einem Vertreter für jedes Oberamt zusammensetzt. Bei der Vorbereitung von Gewerbeschulfragen erstattete Gewerbeschuldirektor Dr. Holz-Stuttgart ein kurzes Referat über die zunächst versuchsweise Einführung einer Neuordnung der Gewerbesteuer für die Lehrlinge des Holzbauhandwerks (Maurer und Zimmerer). Da es seither als ein Mangel empfunden wurde, daß der einzelne Handwerker vor dem Arbeitsgericht sehr häufig nicht in der Lage ist, seine Interessen mit der notwendigen Sachkenntnis zu vertreten, erscheint es notwendig, für die einzelnen Arbeitsgerichte des Bezirks geeignete Vertreter für das Handwerk anzustellen. Nach eingehender Aussprache über die vollzogene Gründung des Landesverbandes des württ. hobenz. Handwerks als zusammenfassende Spitzenorganisation des Handwerks wurde mit Ausnahme einiger Gewerbevereinsvertreter mit überwältigender Mehrheit dieser Gründung zugestimmt und festgestellt, daß der neue Landesverband keine Neugründung, sondern lediglich eine Umgestaltung der bisherigen Arbeitsgemeinschaft des württembergischen Handwerks in eine bessere Form mit ständlicher Leitung am Orte der Behörden darstellt, welche Organisationsform sich auch bei den übrigen Berufsständen durchzusetzen wird.

Alle Zigarettenbänderolen bis 1. März

Berlin, 12. Febr. Auf Antrag der Tabak-Groß- und Kleinhandlender hat das Reichsfinanzministerium den Schlusstermin für den Verkauf mit Zigaretten mit alten Bänderolen vom 15. Februar auf den 1. März verschoben. Das Ministerium hat sich zu dieser Maßnahme veranlaßt gesehen, weil die ursprünglich geplante Nachverkaufsteuer, die die Händler für die noch in ihrem Besitz befindlichen Packungen selbst vornehmen sollten, zu große Schwierigkeiten machen würden. Der Einzelverkauf von Zigaretten ist also nur noch bis zum 29. Februar gestattet. Vom 1. März ab muß der Käufer mindestens eine „Zehnerpackung“, die allerdings nur neun Zigaretten enthält, auf einmal kaufen.

„Goeben“ wieder in türkischen Diensten

Paris, 12. Febr. Der „Excelsior“ teilt mit, daß das frühere deutsche Kriegsschiff „Goeben“, das während des Krieges durch ein russisches Torpedo in den Dardanellen versenkt wurde, durch eine französische Schiffsverwerft für türkische Rechnung wieder hergestellt und als Dampfmaschine der türkischen Kriegsmarine einverleibt worden sei. Die Reparatur des 23500 Tonnen großen Kreuzers ist unter besonders schwierigen Umständen vor sich gegangen. Das türkische Flottenministerium verlangte nämlich, daß die französische Verft mit Hilfe von vorwiegend türkischen Arbeitern an einem Punkt der türkischen Küste bei Golucel eine vollständig neue Schiffsbauanlage entstehen lasse, die den Kreuzer reparierte. Die Arbeiten nahmen über drei Jahre in Anspruch.

Amerikanische Einfuhrzölle für russisches „Strahlings“-Holz

New York, 12. Febr. Dem hartnäckigen Drängen der amerikanischen Produzenten nachgebend, verhängte das Schatzamt das Embargo auf Holz und Holzstoff aus vier russischen Distrikten. Nur wenn die Importeure nachweisen können, daß die eingeführten Waren nicht der Arbeit von Gefangenen ihre Entstehung verdanken, wird die Einfuhr zugelassen. Die russischen Holzgebiete, deren Exportwaren durch das

Einfuhrverbot betroffen werden, sind: die Distrikte am Weißen Meer, die Halbinsel Kola und die Kareliische Küste, also praktisch alle Holzgebiete des europäischen Rusland nördlich des 60. Breitengrades. Da des Winters wegen die in Frage kommenden Lieferungen vor Ablauf von vier Monaten nicht zu erwarten sind, haben die interessierten Importeure vor allem Zeit, das Verbot gerichtlich anzufechten. Sollten die Gerichte diese Klage annehmen, dann hätte das Schatzamt nachzuweisen, wie weit Strahlings die Waren bearbeitet haben.

Sprechsaal.

(Für die unter dieser Rubrik stehenden Artikel übernimmt die Schriftleitung nur die redaktionelle Verantwortung.)

Zur Preisentlastungsfrage.

Vor einiger Zeit wurde in unserer Blatte eine Entlastungsfrage der hiesigen Antwerfammlung zur Preisentlastungsfrage veröffentlicht. Dazu schreibt uns der Landesverband Württemberg im Kolonialwaren-, Feinstoff- und Lebensmittel-Einzelhandels in Stuttgart wie folgt:

„Die in Ihrem gesch. Blatte veröffentlichte Entlastungsfrage der dortigen Antwerfammlung, deren Vorsitzender Herr Landrat Lempp ist, heißt: Verhandlungen auf, die durchaus nicht den Tatsachen entsprechen und geeignet sind, den Anschein zu erwecken, als ob der Kolonialwaren-, Feinstoff- und Lebensmittel-Einzelhandel enorme Gewinne einheimische. Durch die Untersuchungen des Enquete-Ausschusses, also einer amtlichen Stelle des Reichswirtschaftsministeriums, ist einwandfrei festgestellt worden, daß das Jahresumsatzverhältnis der Kaufleute des Lebensmittel-Einzelhandels durchschnittlich und zwar einschließlich des Entgelts für die im Geschäft mitarbeitenden Familienangehörigen, den Durchschnittslohn eines Arbeiters nicht übersteigt.“

Im Jahre 1930 sind schon lange, bevor die behördliche Preisentlastungsaktion einsetzte, vom Lebensmittel-Einzelhandel bedeutende Preisermäßigungen vorgenommen worden, die nach einer Statistik über 38 verschiedene Waren durchschnittlich 15% Prozent betragen. Allein die Einsicht in die wirtschaftlichen Verhältnisse und schärfster Wettbewerb haben den Lebensmittel-Einzelhandel veranlaßt, seine Preise bei schärfer Kalkulation dauernd herunterzusetzen.

Ein Preisabbau im Lebensmittel-Einzelhandel ist also im langem im Rahmen des Möglichen unter schweren persönlichen Opfern des Einzelhändlers erfolgt, wie durch Preisvergleiche mit den Preisen des Vorjahres jederzeit feststellbar werden kann.

Wir halten es daher für außerordentlich bedauerlich, daß diese Tatsache, die zahlenmäßig nachgewiesen werden kann, von einer amtlichen Stelle, wie sie die Antwerfammlung darstellt, weder erkannt noch gewürdigt wird.

Wenn jetzt der Lebensmittel-Einzelhandel noch weitere Preisermäßigungen vornehmen soll, so würde er kaum noch so viel verdienen, daß er seine Unkosten decken kann. Daraus folgt, wie der Reichsanwalt bereits am 29. Januar d. J. in einem Empfang der Vertreter des Einzelhandels betonte, daß eine Senkung der Unkosten dringend erforderlich sei. Eine weitere Preisentlastung ist vorerst kaum möglich.

Landesverband Württemberg im Kolonialwaren-, Feinstoff- und Lebensmittel-Einzelhandel.
Lehr. Niediger, Verbandsgeschäftsführer.

Realschule Neuenbürg.

Am Donnerstag den 26. Februar, ab morgens 8 Uhr, findet im Klassenzimmer der Klasse I die

Aufnahme-Prüfung

in die erste Klasse der Realschule statt.

Zugelassen sind Schüler, welche die vierte Grundschulklasse durchlaufen und am 1. April das 12. Lebensjahr nicht überschritten haben.

Anmeldung hat durch die Erziehungsberechtigten unter Vorlage eines Geburtscheins und Schulzeugnisses beim Vorstand der Realschule bis zum 23. Februar zu erfolgen. Besonders leistungsfähige Schüler der dritten Grundschulklasse können zunächst ohne Prüfung zur Probe aufgenommen werden. Gefuche um vorzeitigen Uebertret müssen umgehend eingereicht werden.

Der Vorstand der Realschule:
Dr. Großmann, Stud.-Dir.

Unsere Zentralbüros sind ab heute nach
Nürnberg, Königstraße 52
verlegt.

Bei den Geschäftsstellen ist keine Aenderung eingetreten.

„Vaterhaus“-Bausparkasse

G. m. b. H.
PFORZHEIM.

„Vaterhaus“-Bausparcasse

Pforzheim, G. m. b. H.

Morgen Samstag abend 8 Uhr findet im Gasthaus „Bären“ in Birkenfeld eine

Mitglieder-Versammlung

statt.
Tagesordnung: 1. Gründung einer Ortsgruppe, 2. Sonstiges.
Interessenten sind eingeladen.

Unreines Gesicht

Pickel, Mitesser werden unter Garantie durch

VENUS (Stücke A) beseitigt.
Preis Mk. 2.75.

Gegen
Sommersprossen
(Stücke B) Preis Mk. 2.75.

In Neuenbürg: Apotheke Hugo Ziegenhardt.

Familien-Drucksachen

liefert in vornehmer Ausmachung äußerst preiswert

C. Meeh'sche Buchhandlg.

Neuenbürg.

Empfehle ab heute schönes, junges

Hammelfleisch.

Mehlgerei Fr. Gräßle.

Birkenfeld.

Samstag den 14. Februar 1931

Kaffee u. Restaurant „Abland“
Kappen-Abend
wozu freundlichst einladet
Richard Kanzler.

Musik-Verein „Harmonie“ Feldbrennach.

Sonntag den 15. Februar 1931

Maskenball
im Gasthaus zum „Adler“.
Anfang 7.61.
Eintritt frei!

Conweiler! Achtung!

Am Sonntag den 15. Februar 1931

großer
Maskenball
im Gasth. „Waldhorn“, wozu freundlichst einladet

Feuerwehrkapelle Conweiler.

Anfang 7 Uhr.

Preisabbau!

Auf alle Artikel gewähre ich
10 bis 20 Prozent Rabatt.

Herrnsohlen und Flecken ohne Reparatur bei Barzahlung 4.80 Mk.

Damensohlen und Flecken ohne Reparatur bei Barzahlung 3.80 Mk.
bei solider Arbeit nach wie vor.

Gottl. Hörter, Schuhgeschäft, Dennach.

Dobel, den 14. Februar 1931.

Todes-Anzeige.

Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß am Donnerstag, 8. Februar morgens, unsere innig geliebte Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Pauline Blind,

geb. Moser,

nach langem, schweren Leiden im Alter von 69 Jahren sanft entschlafen ist.

In tiefer Trauer:

Albert Blind und Frau, geb. Malsch, Kairo.
Karl Moser und Frau, geb. de Famée, Kairo.
Rosa Reibel, geb. Moser, Kairo.
Anna Hasler, geb. Moser, Dobel.
Familie Malsch, Dobel.

Die Beerdigung findet Sonntag, 15. Febr., um 2 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Birkenfeld.

Einzug der Vermögensteuer

am 16. Februar 1931.

Fürsähler.

Gesangverein „Liederkranz“ Ottenhausen.

Am Sonntag den 15. Februar 1931, von nachmittags 3 Uhr ab, findet im Gasth. „Adler“ ein

öffentlicher Tanz

statt. Hierzu ladet freundlichst ein
der Ausschuß.

Wegen Umzug

Total-Ausverkauf in kompletten Kücheneinrichtungen

zu ganz enorm billigen Preisen.

Ausverkauf nur 8 Tage!

Peter Wienands, Pforzheim
Bayernstr. 511, kein Laden.

